

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Redaktions-Kont.: Hannover 57613 | Der Abonnementspreis beträgt durch den Boten oder durch die Post bezogen monatlich 600 Mark. — Post- und Geschäftsangelegenheiten jeder Art werden nicht aufgenommen. | Verantwortl. für den Inhalt: Karl Schady, Bochum. Druck: H. Hansmann & Co., Bochum. | Telefon-Nummern: 88, 89, 88 | Telephon-Nummern: 88, 89, 88 | Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum, Bismarckstraße 34-42 | Telegramm: Aitverband Bochum

Gustav Dannich †

Als wenn der Schnitter Tod es in den letzten Monaten auf die Verbandsfunktionäre abgesehen hätte: einer nach dem andern fällt zur kühlen Erde, Veimpeiers, Dohms, Polornh und kurz nach ihnen, plötzlich, im besten Mannesalter von 41 Jahren, fällt unser Kamerad Gustav Dannich, Verbandsangestellter im Aachener Kohlenrevier. In den letzten Apriltagen begab er sich nach Berlin, um an den zentralen Lohnverhandlungen teilzunehmen. Nach Erledigung der allgemeinen Lohnverhandlungen am 1. Mai mußte er als Vertreter der Aachener Bergarbeiter noch zwecks Regelung lokaler Fragen bis zum nächsten Tage in Berlin bleiben. Früh am Abend begab er sich in sein Hotel, um auszuruhen. Gegen 8 Uhr nachts, plötzlich vom Unwohlsein befallen, stand er auf und brach auf dem Flur zusammen. Das hinzugeeilte Hotelpersonal fand ihn in betäubungslosem Zustande und holte einen Arzt. Diesem gelang es, ihn noch einmal zum leichteren Bewußtsein zu bringen, jedoch mußte er konstatieren, daß das Herz sehr schwach und das Ende nahe sei. Kurze Zeit darauf verstarb er an Herzschlag.

Wer vermag die Tragödie eines solchen Lebensschicksals in Worte zu fassen? Frisch und wohlgenut in seiner angeborenen Heiterkeit und Liebenswürdigkeit verließ er seine Heimat, seine liebe Familie, seine Kameraden. Es sollte seine letzte Reise sein, entseelt bringt man ihn den Seintigen wieder. Mitten im Geschirr der Arbeiterbewegung, in den Stufen, brach er zusammen. Der Dienst der Arbeiterbewegung ist ein schwerer. Dem Einzelnen bleibt keine Zeit zur Müdigkeit gegen sich selbst. Es ist so, daß die Arbeiterbewegung der heutigen Zeit einen Raubbau an dem Leben ihrer Funktionäre treibt. Ein ruheloses Leben, oft ein richtiges Komadenleben führt der heutige Arbeiterangestellte. Morgens, wenn es gut geht, einige Stunden Bureauarbeit, dann hinaus ins Revier, in die Zählstelle, auf die Werke, in die Sitzungen

bis in die Nacht hinein. Andere wieder reifen tage-, ja wochenlang umher, fern von der Familie. Das beschauliche Familienleben genießt keiner von ihnen voll. Nicht einmal die Sonntage gehören ihnen. Und Gustav Dannich war so sehr gern zwischen den Seintigen. Noch am letzten Tage vor seinem Tode erzählte er einem seiner nächsten Freunde strahlenden Auges von seiner treuen Lebensgefährtin, ohne die er sich kein Lebensende denken könne. Und seine beiden Kinder, der Junge und das Mädchen! Wie er sich da ereiferte! — Er fiel, nicht in ihre Arme, sondern weit von ihnen, wo ihn die Pflicht hinstieß.

Der beste Mechanismus, die beste Maschine versagt, setzt aus, wenn die Anforderungen ein ständiges Uebermaß darstellen. Das Aachener Kohlenrevier ist sehr weitausläufig. Schon in normalen Zeiten verlangt es von den Funktionären, neben der geistigen Anstrengung, starke körperliche Leistungen. Infolge der jetzigen Verlehrsperiode durch die Besetzung müssen täglich stundenlange Wege zu Fuß oder mit dem Fahrrad gemacht werden, dazu die übermenschlichen Anstrengungen, um die sich aus dem Abwehrkampf ergebenden Maßnahmen zu erfüllen. Ein eiserner Mensch muß zusammenbrechen, geschweige einer aus Fleisch und Blut.

Gustav Dannich wurde am 11. August 1881 im Waldenburger Kohlenrevier als Proletariatskind geboren. Als junger Bergmann kam er ins Ruhrgebiet. Im Jahre 1907 ist er dem Verbandsamt beigetreten, entwickelte sich sehr rasch und trat aktiv hervor. 1910 kam er ins Aachener Kohlenrevier, wo er sofort als Vertrauensmann der Zählstelle Södingen ins Amt trat. Im Aachener Bezirk wurde er sehr bald als eine hervorragende Kraft erkannt. Er wurde in die Bezirkskommission gewählt, wo er seine Fähigkeiten immer höher entwickelte. Als nach Beendigung des Krieges die Mitgliederzahlen answollen und die Aufgaben der Organisation immer größer wurden, brauchte der hiesige Bezirksleiter, Kamerad Schöffler, eine Stützkräft. Man hätte keinen Besseren nehmen können als Gustav Dannich. In wenigen Monaten hatte Kamerad Schöffler einen ebenbürtigen Mitarbeiter zur Seite. Er war mit Herz und

Seele bei der Sache. Persönliche Verunglimpfungen, wie sie nach dem Kriege leider gegen Arbeiterführer einsetzten, konnten ihn jedoch in einen gerechten Zorn bringen. Wiederholt erklärte er, daß er lieber wieder Kohlen hauen wolle, als sich diese Anpöbelungen gefallen zu lassen. Es bedurfte oft ernster Worte seiner Kollegen, um ihn von seinem Vorhaben abzubringen und seine volle Kraft in Arbeiterdiensten zu erhalten. Gustav Dannich war eine hervorragende Kraft. Die Kameraden des Aachener Reviers setzten große Hoffnungen auf ihn. Ganz gleich, auf welchen Posten man ihn stellte, überall fand er seinen Mann.

In Erkennung seiner Fähigkeit hat auch die Arbeiterpartei ihm ihre besten Ämter übertragen. Neben diesen Ämtern, die ihm als Gemeinderatsmitglied zuflossen, wurde er auch in den rheinischen Provinzialparlamentarier gewählt, wo er zur Zufriedenheit seiner Wähler wirkte und sich die Achtung aller Gegner erwarb. Im Bezirk führte er als Verbandsfunktionär eine scharfe Klinge gegen jeden, der es verdiente. Aber ein ehrlicher Kämpfer blieb er stets, auch in der größten Hitze des Geistes. Die erworbene Achtung seiner Gegner wird ihn lange überleben. Gustav Dannich war ein ganzer Kerl. Die Aachener Kameraden und wir alle waren stolz auf ihn.

Zu früh wurde er ausgebraucht, er konnte keine Schonung für sich. Wir fühlen mit seiner lieben Frau und seinen zwei Kindern den ungeheuren Schmerz, den großen Verlust. Man muß die ideale Harmonie dieser Familie gekannt haben, um zu wissen, was sie verliert. Mögen ihr ihre Tränen Linderung bringen. Sie trauerl nicht allein. Mit ihr trauern seine Freunde, seine Kameraden, für die er ins Grab gesunken.

Jahre wohl, Gustav Dannich, lieber, edler Freund und Kamerad! Du selbst hast dir ein Denkmal erkaut, dessen Steine aus Opferinn befehen, gefittet mit Edelmüt. Dieses Denkmal. sichert dir ein ewiges Andenken. Dein Grundgesetz steht über deinem Grabe:

„Eins ist nötig: daß das Gute stets geschehe!
Ob man falle oder stehe, ist und bleibt dann einerlei!“

Schiedsprüche zur Lohnerhöhung und Stellungnahme der Reichslohnkommission.

Der Antrag der am Bergbau interessierten Arbeiterorganisationen auf Erhöhung der Löhne stand am 30. April zur Verhandlung im Reichsarbeitsministerium. Weil eine Einigung nicht zustande kam, wurde ein Schlichtungsausschuß gebildet, welcher am nächsten Tage, dem 1. Mai, tagte. Es wurde folgender Schiedspruch gefällt:

- Die Löhne der Bergarbeiter werden zum Ausgleich der Teuerung und zur Herstellung eines angemessenen Verhältnisses gegenüber den Löhnen anderer Berufe in den nachstehend aufgeführten Bezirken mit Wirkung vom 1. Mai 1923 ab um durchschnittlich folgende Beträge erhöht:
 - Für den Bergbau des Ruhrgebiets, Wurmgebiets und Rätiner Gebiets um 1760 Mk. je Schicht, für das Wurmgebiet einschließlich der besonderen Notstandszulage.
 - Für Oberschlesien um 1140 Mk. je Schicht.
 - Für Sachsen um 1080 Mk. je Schicht.
 - Für Niederschlesien um 6080 Mk. je Schicht.
 - Für Sibirien um 1080 Mk. je Schicht.
 - Für Niedersachsen um 1020 Mk. je Schicht.
 - Für Mitteldeutschland (Kernreviere) um 1060 Mk. je Schicht, für die Randgebiete mit dem bisherigen Abschlage von 8 bzw. 10 Prozent.
 - Für Oberhessen um 1020 Mk. je Schicht.
 - Für Westfalen um 1020 Mk. je Schicht.
 - Für Bayern a) Pechkohle um 1080 Mk. je Schicht, b) Steinkohle um 920 Mk. je Schicht, c) Braunkohle, und zwar größere Werke, um 1000 Mk., kleinere Werke um je 960 Mk. je Schicht.
 - Für den Bergbau um 1470 Mk. je Schicht.
- In der vorerwähnten Lohnerhöhung ist — ausgenommen für Sibirien, Niedersachsen, Oberhessen, Westfalen, Bayern — eine Erhöhung des Hausstands- und Kindergeldes um je 56 Mk. je Schicht einbezogen. In den Bezirken Sibirien, Niedersachsen, Bayern, Westfalen und Oberhessen ist der Soziallohn in demselben Verhältnis zu erhöhen, wie eine Erhöhung der Gesamtlöhne erfolgt ist.
- Die Verteilung der durchschnittlichen Lohnerhöhung auf die einzelnen Klassen der Lohnskala bleibt der Verhandlung in der Bezirksarbeitsgemeinschaft überlassen.
- Im Falle wesentlicher Veränderungen der Lebensmittelpreise kann jederzeit jede Partei beim Reichsarbeitsministerium die Einstellung von Verhandlungen über anderweitige Regelung der Löhne beantragen.
- Die Parteien wollen sich bis zum 7. Mai 1923 dem Reichsarbeitsministerium gegenüber über die Annahme des Schiedspruchs erklären.

Am 2. Mai wurde ein weiterer Schiedspruch gefällt für den Eisen- und Metallbergbau im Ruhr- und Dillgebiet und Oberhessen. Derselbe sieht eine Lohnerhöhung von 1020 Mk. pro Mann und Schicht vor.
Für den Kaliberbergbau wurde am 3. Mai verhandelt. Eine Einigung kam nicht zustande. Am 8. Mai wird für diese Bergbauart gleichfalls ein Schiedspruch gefällt werden.

Die Organisationsleitungen der am Bergbau interessierten freien Gewerkschaften glauben nicht allein über Annahme oder Ablehnung dieser Schiedsprüche entscheiden zu können. Sie legten deshalb dieselben der Reichslohnkommission zur Entscheidung vor.

Die Konferenz der Reichslohnkommission

tagte am 6. Mai in Bielefeld. Den Vorsitz führte Kamerad Waldhedecker, während Kamerad Schmidt den Bericht erstattete. Schon Mitte März haben die Arbeiterorganisationen Lohnerhöhungen gefordert. Die Reichsregierung lehnte ab, weil sie der Meinung war, daß ihre Maßnahmen, wie Marktlösung, Frachtenermäßigung und Brotpreissenkung die Preisgestaltung günstig beeinflussen werden. Auch wurden Verhandlungen eingeleitet mit der Textil- und Schuhindustrie sowie mit den Nahrungsmittelproduzenten. Es sollte eine möglichst billige Verteilung mit benannten Erzeugnissen aller Arbeiterkategorien erwirkt werden. Auf welchem Niveau die „Gehaltsfrage“ jener Kreise stand, illustriert ein Ausspruch eines Gewerkschaftsführers: „Wenn wir nicht selbst so arm wären, würden wir jetzt eine Entsammlung für die notleidenden Großhändler und den Bund der Landwirte vornehmen!“

Das Resultat der Regierungsmassnahmen liegt vor uns. Nach einer Errechnung des Bergarbeiterverbandes laut Preislisten dreier Konsumgenossenschaften im besetzten Gebiet sind die Preise gestiegen: vom 6.—14. April um 5,29 Prozent, vom 14.—21. April um 4,21 Prozent, vom 21.—24. April um 5,17 Prozent, vom 24.—28. April um 4,03 Prozent, vom 28. April bis 3. Mai um 3,97 Prozent. Das ist eine Steigerung um 22,76 Prozent vom 6. April bis zum 3. Mai. Die Reichs-Indexziffer zeigt eine Preissteigerung im März um 8 Prozent, im April um 3,1 Prozent. Das sind Monatsdurchschnittszahlen. In der heutigen Zeit eignen sich Monatsdurchschnitte überhaupt nicht als Grundlage für Lohnrechnungen. Wenn z. B. in den letzten Tagen des Monats die Preise besonders angezogen haben, so ist die tatsächliche Preissteigerung höher als sie im errechneten Monatsdurchschnitt in Erscheinung tritt.

Die Unternehmervertreter wollen von einer Lohnerhöhung nichts wissen. Die Verhandlungen gestalteten sich auch insofern schwierig, als der Reichsarbeitsminister eine Kronpreis- Erhöhung ablehnte. Eine Prüfung ergab, daß der Bergbau mit Ausnahme eines Bezirks, 10 Prozent Lohnerhöhung aus sich tragen könne. Auch die Frage, ob die Lohnerhöhung ab 15. April oder ab 1. Mai gezahlt werden soll, wurde unstritten.

Die Schiedsprüche kamen mit Mehrheitsbeschluss zustande. Sie enthalten 10—13 Prozent Lohnerhöhung. Die Gesamtdurchschnittslöhne des Ruhrreviers betragen im April 1922 148,28 Mk., im Februar 1923: 117,69, 29 Mk. pro Schicht. Das ist eine Steigerung um 78,18 Prozent. Der Lebenshaltungszustand zeigt aber im obigen Zeitraum eine Steigerung um 206,17 Prozent. Die vorerwähnten nach den drei Konsumpreislisten errechneten Indexzahlen zeigen sogar eine Steigerung um 931,18 Prozent.

Die im Schiedspruch bewilligten Lohnerhöhungen bedeuten nicht die Preissteigerung. Die Konferenz muß die Schiedsprüche prüfen und den Organisationsleitungen entsprechende Aufträge erteilen.

Nach dem Bericht des Kameraden Schmidt wurde folgende Entscheidung formuliert:

Beschluß der Reichslohnkommission.

„Die am 6. Mai in Bielefeld tagende Reichskonferenz der am Bergbau interessierten freien Gewerkschaften lehnt die am 1. und 2. Mai zur Lohnfrage gefällten Schiedsprüche ab. Dieselben ge-

nügen in keiner Weise der eingetretenen Verteuerung der Lebenshaltung, schaffen vielmehr einen noch größeren Entbehrungsfaktor für die Arbeiterkategorie, wie er bisher bestand. Letzteres ist aber unerträglich, da die Verarmung in Arbeiterkreisen wie den unteren Ständen der Bevölkerung überhaupt, jetzt schon erheblich ist. Eine Angabe örtlicher Untersuchungen an Schulkindern reden hierfür eine eindringliche Sprache.

Die Konferenz verlangt, daß die Bergarbeiterlöhne den Teuerungsverhältnissen angepaßt werden und beauftragt den Vorstand des Bergarbeiterverbandes, sofort in erneute Verhandlungen mit den Arbeitgebern und der Reichsregierung zu treten. Das Resultat derselben soll eventuell einer neu einzuberufenden Konferenz der Reichslohnkommission vorgelegt werden.“

Nachdem die Formulierung vorliegender Entschließung erfolgt war, wurde von mehreren Seiten der Antrag eingereicht, daß von einer Debatte vollkommen abgesehen werden solle. Gegen nur eine Stimme wurde eine Aussprache für nicht notwendig erklärt. Darauf wurde die Entschließung einstimmig angenommen.

Es ist nicht zu erwarten, daß die anderen Organisationsrichtungen die Schiedsprüche annehmen. Die maßgebenden Kreise werden schon andere Zeiten anzusehen müssen, wenn ihnen die Erhaltung des Wirtschaftsfriedens in der heute gegebenen Zeit ernst ist. Die Bergarbeiterorganisationen haben alles getan, um Lohnerhöhungen zu vermeiden, wüßten sie doch zu gut, daß Lohnerhöhungen unter den nachkriegszeitlichen Wirtschaftszuständen den realen Wert des Lohnneinkommens nur entwerteten. Die sogenannten „ernsten Kreise der Wirtschaft“ haben es anders gewollt. Wir wissen, daß sie sich den Teufel um die Lösung der gegenwärtigen Volkswirtschaftsfrage kümmern. Ihnen liegt nur die Lösung ihrer Profitfrage nahe; sie haben sie gelöst, die Regierungsmaßnahmen sabotiert und die Bergarbeiter zu Lohnforderungen gezwungen. Will die Regierung die Dinge meistern, dann muß sie die privatkapitalistische Spekulationswelt gründlich zähmen.

Die Verelendung der Massen ist so weit gediehen, daß wir künftig uns nicht mehr nur auf Lohnerhöhungen laut steigender Indexziffern beschränken können. Wir werden bei jeder Lohnforderung auch die dadurch entstandenen Entwertung des Reallohnes einrechnen müssen. — Es zeugt von einer nicht mihguterstehenden Fronte, wenn Unternehmervertreter erklären, daß die Bergarbeiter keine Ursache zu Lohnforderungen haben, weil die Bergarbeiterlöhne — Goldlöhne seien. Eine solche Behauptung wird aufgestellt angesichts der immer geringer werdenden Kaufkraft der Lohn-einkommen.

Schafft das deutsche Angebot Verhandlungsmöglichkeiten?

Unter der Voraussetzung, daß die französischen Chauvinisten das Ruhrverbrechen nur begingen, um Reparationen, Zahlungen und Sicherheit zu erlangen, haben wir den Abwehrkampf nicht anders verstanden, als daß er ein Mittel zur Erlangung von Verhandlungen sein soll, deren Verlauf die Räumung des Ruhrgebietes bringen muß. Daß diese Verhandlungen durch irgend ein Angebot eingeleitet werden müssen, versteht sich am Hande. Wir drängen auf dieses Verhandlungsangebot, weil die Franzosen ihre Gewalttätigkeit mit dem Hinweis verteidigten, daß Deutschland nicht zahlen und auch nicht verhandeln wolle, weil ferner die Auslandspreffe zu viel auf das Geschrei der deutschen rechtsradikalen Presse reagierte: Verhandlungen nach Rüdiger. Dieses Angebot war notwendig, um den Franzosen den Wind aus den Segeln zu nehmen und um seinem Militarismus Prestigegegründe zum Abzug zu schaffen, die in Verhandlungen gegeben sein können.

Unter dieser Voraussetzung. Sind es nicht diese Gründe, sondern solche der Annexion, dann werden die französischen Gewalttäter jedes Angebot, jede Verhandlungsmöglichkeit ablehnen. Sie entwerfen sich dann aber vor der ganzen Welt und vor ihrem eigenen Volke als Raubpolizisten.

In der Rede des englischen Außenministers Curzon im Oberhaus kam das Verlangen nach einem deutschen Angebot zum Ausdruck. Deutschland soll seine Bereitschaft zum Zahlen und den Wunsch ausdrücken, durch eigene Mittel die Summe festsetzen zu lassen. Dieses Anerbieten soll gleichzeitig genaue Bürgschaft für die Fortsetzung der Zahlungen enthalten. Am 2. Mai ließ die Cuno-Regierung den Mächten ein Angebot zugehen, dessen Grundzüge folgende sind:

Eingangs wird hervorgehoben, daß die wirtschaftliche Gesundung und der Friede Europas nur auf dem Wege gegenseitiger Verständigung gelöst werden können. Dem Wunsch aller Völker nach Frieden folgt, wird dieses Angebot, ohne damit den Rechtsstandpunkt zu verlassen oder den passiven Widerstand aufzugeben, der fortgesetzt wird, bis die Räumung der über den Friedensvertrag hinaus besetzten Gebiete erreicht ist. Deutschland habe stets an der Bereitwilligkeit zur Wiedergutmachung festgehalten. Praktische Vorschläge werden erörtert durch die unidirektionalen Finanz- und Wirtschaftsverhältnisse, jede Lösung muß daher einen „echtsicheren Faktor“ enthalten, welcher den gegenwärtigen Abschätzungsunmöglichkeiten Rechnung trägt. Größere Kapitalbeträge kann Deutschland aus eigenen Mitteln nicht aufbringen, es bedarf deshalb auswärtiger Anleihen, welche die Wiederherstellung des deutschen Kreditrisikos voraussetzen. Die deutsche Regierung schlägt zur Reparationslösung und den damit verbundenen politischen Fragen wie folgt zusammen:

Die Gesamtverpflichtung Deutschlands zu finanziellen und Sachleistungen aus dem Vertrage von Versailles wird auf 30 Milliarden Goldmark festgesetzt, die mit 20 Milliarden bis zum 1. Juli 1927, mit 5 Milliarden bis zum 1. Juli 1929, mit 5 Milliarden bis zum 1. Juli 1931 durch Ausgabe von Anleihen zu normalen Bedingungen auf den internationalen Geldmärkten aufzubringen sind.

1. Die ersten 20 Milliarden Goldmark werden sofort zur Zahlung aufgelegt. Die Anleihezinßen bis zum 1. Juli 1927 werden aus dem Anleiheerlös entnommen und in einem von der Reparationskommission zu beaufsichtigenden Fonds sichergestellt. Soweit die 20 Milliarden Goldmark bis zum 1. Juli 1927 nicht durch Anleihe aufgebracht werden können, sind sie von diesem Zeitpunkt ab mit 5 Prozent zu verzinsen und mit 1 Prozent zu tilgen.

2. Falls die beiden Beträge von je 5 Milliarden Goldmark bis zu den dafür vorgesehenen Terminen im Anleiheerlös zu normalen Bedingungen nicht voll aufzubringen sind, soll eine unparteiliche Kommission darüber entscheiden, ob, wann und wie für die Zeit vom 1. Juli 1923 ab die zunächst nicht vorgesehenen Zinsen noch nachträglich aufzubringen sind. Die unparteiliche internationale Kommission soll bestehen aus einem Konsortium, das die ersten 20 Milliarden Goldmark gegeben hat, oder einem dem Vorschlag des Staatssekretärs Hughes entsprechenden Komitee von internationalen Geschäftsmännern, denen Deutschland gleichberechtigt sein soll, oder einem Schiedsgericht, bestehend aus je einem Vertreter der Reparationskommission und der deutschen Regierung sowie einem Obmann, dessen Ernennung, falls sich die beiden anderen Mitglieder über seine Person nicht einigen, der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika gebeten werden soll.

3. Deutschland wird in Anrechnung auf seine Schuld nach den Bestimmungen der bestehenden Verträge Sachleistungen einführen, über deren Ausmaß nähere Vereinbarungen vorbehalten bleiben.

Die deutsche Regierung sagt weiter, daß der Vorschlag bis an die Grenzen des Möglichen geht. „Sollte diese Auffassung von der anderen Seite nicht geteilt werden, so schlägt die deutsche Regierung vor, entsprechend der Anregung des Staatssekretärs Hughes, das gesamte Reparationsproblem einer von jeder politischen Einwirkung unabhängigen internationalen Kommission zu unterbreiten.“ Für die angebotenen Leistungen sollen „spezielle Garantien“ gegeben werden. Es soll „die gesamte deutsche Wirtschaft zur Sicherung des Anleiheerlöses herangezogen“ werden. Sachleistungen sollen durch langfristige Privatverträge gesichert werden.

Voraussetzung aller Lieferungen ist die Stabilisierung der deutschen Währung. Auch der Reichshaushalt kann damit nur in Ordnung gebracht werden und die Beschwerden anderer Länder über ungesunden deutschen Wettbewerb werden verschwinden. Deutschland müßte von politischen und wirtschaftlichen Fesseln sowie von den ihm belastenden unproduktiven Ausgaben befreit werden. Auch die gewaltsamen Plünderergründungen und Sanktionen müßten unterbleiben.

Durch langfristige Verträge über Austausch lebenswichtiger Waren sowie Lieferung von Kohle und Koks soll eine wirtschaftliche Annäherung ermöglicht werden. Auch zu politischen Vereinbarungen zwischen Deutschland und Frankreich ist die Regierung bereit. Genannt wird z. B. ihre Anregung zum Abschluß eines Rheinpaktes.

Die deutsche Regierung schlägt vor, auf der Grundlage der Vorschläge in Verhandlungen einzutreten. Ausgangspunkt muß die schleunigste Wiedereinführung der vertraglichen Zustände („Status quo ante“) sein; Räumung der über den Friedensvertrag hinaus besetzten Gebiete, vertragsmäßige Zustände im Rheinland, Freilassung der Inhaftierten und Rüdiger der Ausgewiesenen.

So weit in kurzen Zügen das deutsche Angebot. Ueber Form und Inhalt werden auch die deutschen Zeitungsblätter einen Vorschlag geteilter Meinung sein. Die Reichsregierung mußte von vornherein damit rechnen, daß die französische Regierung jede Verhandlungsmöglichkeit mit allen möglichen Mitteln zu ignorieren versuchen wird. Dem müßte in der Note viel mehr Rechnung getragen werden, insbesondere der psychologischen Wirkung auf das Ausland, speziell auf das französische Volk. Ueber die Mängel kann später gesprochen werden. Im Augenblick haben wir nicht darüber zu streiten, sondern zu fragen, ob das Angebot ein wirkliches, ehrliches Verhandlungsangebot darstellt. Diese Frage ist zu bejahen. Zwar heißt es in der Note, daß das Angebot die äußerste Möglichkeitsgrenze darstellt; die Geldleistung ist jedoch eine Minimalsumme, die man unter allen Umständen aufbringen will. Und immer wieder wird betont, daß sich Deutschland unparteilichen Prüfungen, Entscheidungen, Schiedsgerichten usw. unterwerfen will. Darin liegt der offene Charakter eines Verhandlungsangebots.

Die französische Regierung hat es mit einer „Annehmbar“-Erklärung sehr eilig gehabt. Schon am nächsten Tage sagte das Ministerium und gab die Ansicht kund, daß wegen Unzulänglichkeit der gebotenen Ziffern, Mangels guter Garantien und wegen der gestellten Bedingungen die Vorschläge unannehmbar seien. Der Ministerpräsident wies sich über die Antwortnote an Deutschland mit den Alliierten noch verständigen. Diese Antwort war aus den schon angeführten Gründen zu erwarten. Immerhin, den deutschen Verhandlungswilligen wird Poincaré nicht aus der Welt schaffen. Er wird sich erklären müssen, ob er überhaupt Verhandlungen wünscht.

Curzons Rede enthält den Rat, daß Deutschland ein Angebot machen solle. „Sobald ein Schritt unternommen ist“, so sagte er, „würde Englands Blick sich für beide Parteien zeigen.“ Er sei nicht ohne Hoffnung, daß auf dieser Linie noch eine Lösung gefunden werden könne. Die deutsche Regierung hat den Rat befolgt, sie hat Verhandlungsmöglichkeiten geschaffen. Leht jetzt Poincaré jede Verhandlungsbereitschaft ab — betont also Frankreichs Annerkennungsgelüste —, so ist mit diesem deutschen Angebot eine Verschärfung der Lage eingetreten. Die englische Regierung würde also die Mitschuld an dieser Verschärfung tragen, weil sie infolge ihrer Anregung zum Angebot entstanden ist. Ob sie diesen Vorwurf auf sich nimmt?

Unser Verband, als eine der wichtigsten deutschen Berufsorganisationen, kann sich den Luxus einer zweideutigen Politik nicht leisten. Monarchisten und Kommunisten poßern wild herum, weil nicht die Räumung zur Voraussetzung der Verhandlungen gemacht wird. Sie tragen keine Verantwortung oder besorgen die Pläne Poincarés; man nehme sie nicht ernst. Die Regierung darf nicht die geringste Gelegenheit in den sich nun infolge ihrer Note ergebenden Auseinandersetzungen — diese müssen und werden kommen — verpassen, um aller Welt ihre ehrliche Verhandlungsbereitschaft zu betonen. In eine Preisgabe der passiven Abwehr vor Einleitung der Verhandlungen kann nicht gedacht werden. Sie ist unser einziges Mittel zur Abwehr fremder Raubgeilheit. Poincaré hat jetzt Gelegenheit, zu bekennen, ob er Amerikaner oder Reparationen haben will.

52 Schachstanlagen besetzt

waren bis zum 1. Mai. Es sind folgende: General Blumenthal 1-2, Redlingshausen 1, Dohlfuß 3-4, Althaus, Concordia 4-5, Roland, Rheinböden, Graf Wolke 3-4, Der. Wehlein, Mathias Sinnes 3-4, Nordstein 3-4, Bonifatius, Joachim, Hubert (Königin Elisabeth), Johann Weimelsberg, Dahlhauer, Friedrich, Bergmannsgüld, Westerschell, Schölgel und Eichen 1-2, 3-4, 5-6, Victoria-Lünen, König Ludwig 4-5, Emichs-Lippe 1-2, 3-4, Waltrap, Jeter, Erin, Victor 1-2, 3-4, Adolf von Hansmann, Graf Schwerin, Mont Cenis, Lothringen 1-2, 3, 4, 5; insgesamt 52.

Diese Besetzung wird den Franzosen selbst unheimlich. Die Interessenten lesen zwar von diesen großen Taten, die Ausbeute ist jedoch sehr bescheiden und die Kosten enorm. Das Ganze ist jedoch nur eine schlecht gespielte Komödie; den eigentlichen Treibern — den Imperialisten und Kapitalisten Frankreichs — kommt es nicht auf die Kohlen an, sondern auf ihre verstellten politischen Ziele: Zerrammerung der deutschen Wirtschaft, Abtrennung der wichtigsten Gebiete von Deutschland. Die Franzosen, welche durch die Besetzung auf Kohlen waren, werden von den eigentlichen Machern am Gängelband geführt.

Und wenn man den blödsinnigen Flugblättern Glauben schenken darf, welche die französischen Militaristen im Ruhrgebiet verteilen, so ist es auch nicht die so laut hinausgeschrieene wirtschaftliche Not Frankreichs, welche den Ruhrverbruch rechtfertigt. Militärkommandos trugen z. B. in Altenbochum ein Flugblatt in die Wohnungen, in welchem es heißt:

„Glaubt nur nicht, daß Frankreich müde ist. Wenn auch Pothringen und Nordfrankreich unter dem Wirtschaftskrieg leiden können, so können die anderen Gebiete, wie z. B. Jle de France, Normandie, Bretagne, Anjou, Languedoc, Savoye und Dauphiné, die zum Teil Agrargebiete sind oder mit „weicher Kohle“ versorgt sind, so lange warten, als nötig sein wird, um eure Herren zu zwingen und eurem und unserem Elend ein Ende zu machen.“

Na also: so schlimm steht es nach dem Schmetertisch mit Frankreich nicht! Wir Arbeiter in Deutschland stehen vor der Verzweiflung, leiden schon jahrelang unter dem Kulturvergnug französischer Militaristen, dem „Friedensvertrag“, und leiden jetzt noch mehr unter dem Einbruch und den damit verbundenen Mäherarbeiten von Lohnarbeitern usw. Wir führen einen Abwehrkampf, den uns die Not diktiert. Uns ist die Mühsal der deutschen Kapitalisten an unserem Elend bekannt. Der Friedensvertrag steht uns einer vollkommenen Rechtsmacheung der deutschen Kapitalisten im Wege. Wir sehen aber auch nicht in den imperialistischen Gesuchern, wie sich die französischen Militaristen im Ruhrgebiet gebärden, etwa die geeigneten Vertreter

dem kapitalistischen Joch. Wir sehen in ihnen ein noch größeres Uebel. Beschäftigen aber die Franzosen wirklich, Kohlen aus dem Ruhrgebiet abzuschleppen, so beweist ihre Propaganda, daß es trotz der vielen Zechenbesetzungen möglich damit bestellt ist.

Wieder ein Bergmann erschossen

wurde von französischen Soldaten in Langendobrum bei Redlingshausen. Der Kamerad heißt Johann Wladislaw. Der Mord passierte in der Nacht zum 2. Mai.

Der Streik

baute mit unverminderter Heftigkeit fort. Die in Frankreich Günst und Gnade stehende Völkervereinigung will gemeinsam mit dem Ausbeuter der Saargruben, der französischen Regierung, die Bergarbeiter auf die Knie zwingen. Diese beiden Teile sind es, welche dem Streik einen politischen Anstrich gegeben haben: der Streik darf nicht gewonnen werden, weil sonst im Saargebiet eine Nebenregierung der Arbeitergewerkschaften entsteht, wie sie jetzt schon in Deutschland vorhanden ist. Das ist der Geist des ausgeprägtesten Kapitalismus.

In den letzten Tagen des April kam es auf der Grube Franzenhof zu Verhandlungen. Diese ist die einzige Grube, welche von einer privaten Gesellschaft im Auftrage des französischen Staates ausgebeutet wird. Am 22. April fanden die Verhandlungen so, daß Aussicht auf Beilegung des Streiks bestand. Am 23. April wurden jedoch die Zugeständnisse des vorherigen Tages nicht mehr aufrechterhalten. Die Ursache lag darin, daß mittlerweile bekannte Stellen in Saarbrücken ihren Einfluß geltend machten, um den Frieden im Bergbau und im Saargebiet zu vereiteln. Die Gewerkschaften haben vor aller Öffentlichkeit nachgewiesen, daß von Anfang bis heute im Streik von ihnen alles versucht wurde, denselben abzukürzen. Gaben dieselben doch immer und immer wieder durch beweiskräftiges Material den wirtschaftlichen Charakter des Streiks bewiesen. Es erscheint zwecklos, gewerkschaftliche politische Verleumdungen zu wolle.

Daß die Frankenhof Lohnsätze, welche am zweiten Verhandlungstage den Gewerkschaften als Verhandlungsbasis zugemutet wurden, unzureichend waren, zeigt die folgende Aufstellung. Es sollten erhalten pro Schicht mehr als am 1. Februar: Dauer 1,55 bis 2 Fr.; Schichtführer unter Tag: Gruppe I 1,55 Fr., Gruppe II 1,10 Fr., Gruppe III 0,85 Fr., Gruppe IV 0,20 Fr.; Schichtführer über Tag: Gruppe I 0,95 Fr., Gruppe II 0,50 Fr., Gruppe III 0,05 Fr., jedoch Gruppe IV 0,40 Fr. und Gruppe V 0,75 Fr. pro Schicht weniger als am 1. Februar.

Kein Mensch wird sich einbilden, daß die Arbeiterorganisationen solche Angebote den Mitgliedern empfehlen können. Nach zwölf Wochen Streik Vorkubedingungen, die noch teilweise unter den Köhnen vor dem Streik stehen? Nein, das geht nicht. Die Gewerkschaften haben das Angebot der Belegschaft unterbreitet, wo es einfließen mag, wie es die Führer voraussetzten, abgelehnt wurde.

Die Gewerkschaften haben in den Verhandlungen ihre Bereitwilligkeit zum Frieden geäußert, haben Vorschläge gemacht, um einen wahren Wirtschaftsfrieden zu ermöglichen. Wenn bekannte Streife im Saargebiet ihm nicht wollen und glauben, daß der glückliche Zeitpunkt gekommen sei, politische Geschäfte zu machen, so trifft die Verantwortung diejenigen, die mit dem Feuer spielen, die glauben, daß durch Zerstörung der Gewerkschaften, durch einen eventuellen Austausch Kohlen gegraben werden, die glauben, durch Gewaltmaßnahmen Zufriedenheit zu erhalten.

Wir warnen eindringlich! Ein Friede wird nur durch gegenseitige Verständigung möglich sein, wobei kein Haß und keine Arbeitsunlust zurückbleibt.

Nur vor Verhandlungsschluß kommt die Meldung, daß sich die Franzosen im Saargebiet ein neues Verbrechen an der Arbeiterbewegung geleistet haben. Das Streikpostensystem ist für die Zukunft verboten worden! Damit hat man den § 138 der alten Gewerbeordnung aus dem kaiserlichen Deutschland im Saargebiet eingeführt.

Obersteleflische Bergmannsheimstätten.

Im Gegensatz zu den übrigen deutschen Kohlenbezirken gibt es in Obersteleflien bis jetzt noch keine Bergmannsheimstätten im Sinne der Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 21. Januar 1920. Denn diese Verordnung, die auf den Preis jeder Tonne Steinkohlen, Braunkohlen, Koks und Breitens einen Aufschlag legte, der zum Bauen solcher Heimstätten verwendet werden sollte, konnte in Obersteleflien nicht in Kraft treten, weil Artikel 88 des Versailleser Vertrages Deutschland seiner Souveränität in diesem Gebiete beraubte und es bis zu einer Volksabstimmung unter die Oberhoheit einer internationalen Kommission stellte. Auf Grund privater Vereinbarung zwischen der Industrie und der Reichsregierung erhoben die Zechen den Preiszuschlag von 6 M. auf die Tonne Steinkohlen ebenfalls und vertwendeten sie zum Hausbau.

Seit Mitte vorigen Jahres sind nach der willkürlichen und ungerechten Grenzziehung in Obersteleflien in dem bei Deutschland verbliebenen Gebiet die inzwischen erlassenen deutschen Gesetze und Verordnungen in Kraft gesetzt worden. Damit kam auch die Treuhandstelle zustande. Es hat aber noch schwerer Kämpfe bedurft, ehe die Widerstände beseitigt waren, die die Werke der Treuhandstelle bereiteten, ehe sie arbeitsfähig wurde. Es haben sich schließlich aber doch Wege finden lassen, auf denen die Arbeitgeber und Arbeitnehmer zur Einigung kamen und die geordnete Lösung verspricht für die Zukunft gute Erfolge. Die Treuhandstelle ist, wie mit der Ausnahme von Holschau überall, als Gesellschaft m. b. H. ausgewogen und kontrolliert die Verwendung der Gelder. Die eigentliche Projekt- und Ausführungsarbeit ist vertraglich in die Hände der Obersteleflischen Siedlungs- und Wohnungsfürsorge-Gesellschaft, G. m. b. H., gelegt worden, die zur Förderung sowohl der ländlichen, als auch der städtischen Siedlung auf Anregung und unter finanzieller Beteiligung des preussischen Staates ebenfalls im vorigen Jahre gegründet wurde. Die Aufgaben dieser Gesellschaft sind nach ihrer Satzung im wesentlichen die Vermehrung des Bauernlandes; die Ansiedlung von Arbeitern; vorübergehender Erwerb von Hypotheken und Grundstücken; Förderung der gemeinnützigen Bauwirtschaft, Beratung und Unterstützung der Bauvereinigungen, Städte, Kreise und von Privatpersonen in allen Fragen des praktischen Kleinwohnungsbaus, insbesondere bei der Beschaffung und Aufsichtnahme geeigneten Baugeländes; Beschaffung von öffentlichem und privatem Kredit usw.

Der Oberstelefler kennt, weiß, daß der hier geplanten Siedlungsarbeit als schwerstes Hindernis die ungesunde Bodenbesitzverteilung im Wege steht. Das Land ist im Besitz weniger ganz großer Unternehmungen oder Familien, die meist nicht soviel Verstandnis für soziale und nationale Notwendigkeiten besitzen, um freiwillig Land zum Siedeln zu verkaufen. Es bedurfte des Reichsbesitzgesetzes und des sogenannten Wohnungsanlagengesetzes, um die notwendige Sanftmache für Enteignung von Land für ländliche Siedlung und Wohnheimstätten zu gewinnen; aber auch der Anwendung dieser gesetzlichen Bestimmungen wird von den großen Besitzern vielfach heftiger Widerstand entgegengeleitet. Es ist deshalb von großer und entscheidender Bedeutung, daß die gesamte Siedlung und damit auch die gesamte Landbeschaffung in einer Hand liegt, die alle auftretenden Bedürfnisse rechtzeitig erkennen und sich darauf einstellen kann. Darum war es gut und richtig, daß die Treuhandstelle diese Verbindung mit der Siedlungsgesellschaft einging; denn diese konnte gleich mit geeignetem Siedlungsland aufwarten, so daß auf vorhandenem Lande gleich ohne Zeitverlust mit dem Bauen begonnen werden kann.

Nachdem der bei Deutschland verbliebene Teil des Kohlenlandes nur noch einen schmalen Streifen längs der polnischen Grenze dar-

Gegen die dunklen Pläne der Franzosen.

Am 29. April tagte in unserem Bochumer Verbandshaus der Vorstand mit dem Kontrollauschuß. Neben anderen Beratungsgegenständen wurde auch Stellung genommen zu der Forderung der französischen Einbrecher, zuerst den passiven Widerstand im Ruhrgebiet aufzugeben, wenn man Verhandlungen haben will. Einmütig angenommen wurde folgende

Sachliche Erklärung gegen die Brutalspolitik:

„Gesamtvorstand und Kontrollauschuß des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands bringen erneut die Entschlossenheit zum Ausdruck, den passiven Widerstand gegen den französisch-belagerten Einbruch in das Ruhrgebiet so lange fortzusetzen, bis eine Verständigung zwischen Deutschland und den Okkupationsmächten erzielt ist. Von der deutschen Regierung wird verlangt, daß sie alles tut, um die Verständigung zu ermöglichen und zu erleichtern.“

Mit derselben Entschlossenheit aber, mit der der Verband der Bergarbeiter Deutschlands für Verhandlungen und Verständigungen eintritt, wagt er die in einem Teile der französischen Presse erhobene Forderung zurückzuweisen, nach der an Verhandlungen nicht gedacht werden kann, solange der passive Widerstand nicht eingestell ist. Es ist ausgeschlossen, daß der passive Widerstand eingestellt wird, bevor nicht eine Verständigung erzielt ist; desgleichen muß die volle Freiheit der von den Okkupationsmächten Verhafteten, Verurteilten u. Ausgewiesenen gewährleistet sein.“

Das ist deutlich! Gerade die Bergarbeiter sind an dem Ausgang des Ruhrverbrechens am meisten interessiert. Um keinen Preis darf dieser so auslaufen, daß die Bergarbeiter auf Gnade und Angnade dem französischen Kapitalismus und seinem Bevollmächtigten, dem Militarismus, ausgeliefert werden. Auch im löthringischen Bergarbeiterstreik wurde den Bergarbeitern versprochen, daß sie zuerst wieder einbezogen sollen, dann wollen wir ihnen verhandeln. Jetzt „verhandelt“ man mit ihnen, indem man sie in die Gefängnisse und auf die Straße wirft, indem man eine Anleihe einrichtet, die selbst den zukünftigen Fortschritt in den Schattens stellt. So trübt der Vergleich (auch Streik mit dem Abwehrkampf an der Ruhr) auch immer, auf den Wesenskern der französischen Imperialisten bezogen stimmt er vollkommen.

faßt, in dem die rauhenden Kamine, die Werks- und Verkehrsanlagen die Hauptrollen spielen, muß bei der Anlage von Wohnsiedlungen beachtet werden, diese aus dem engsten Industriegebiet heraus und in freundlichere Umgebung zu ziehen. Voraussetzung dafür sind gute Verkehrsverbindungen. Die nötigen Eisenbahngleise hat Oberschlesien dazu und die Bahnvermehrung braucht nachher nur die erforderlichen Flüge und die Triebwagen fahren zu lassen, damit der Bergmann zu und von der Arbeit ohne Zeitverlust hinkommen kann. Die Treuhandstelle läßt deshalb ihre größte Siedlung zunächst bei Peistretscham errichten, in der Nähe des Bahnhofs auf einem Gelände, wo auch schon Eisenbahner und andere Berufe in der Ansiedlung begriffen sind. Weitere Siedlungen werden in Sosniza und Mathesdorf zugleich begonnen.

Für die Bergleute geschieht aber infolgedessen noch mehr, als die Pflichten aus Osterschlesien, für deren Unterbringung und Ansiedlung staatliche Mittel zur Verfügung gestellt sind, ebenfalls zu 90 Prozent Bergleute sind. Für sie sind Siedlungen bei Reuthen, Laband, Richtersdorf und Gindenberg im Entstehen. Immerhin muß gesagt werden, daß das, was Staat und Reich für diese Siedlungen hier zurzeit leisten, in keinem Verhältnis dazu steht, was die Vertriebenen erlitten haben und welche nationale Bedeutung in der Bodenständigmachung der deutschen und deutsch führenden Bevölkerung liegt. Hier an den gefährdeten Grenzen muß die ganze auf Erhaltung gerichtete Energie des Volksganzen sichtbar in die Erscheinung treten und das geschieht am besten, indem man den Menschen mit dem Boden fest verbindet. So sind als Hausformen zunächst nur Einfamilienhäuser in Aussicht genommen, die als Doppelhäuser oder in Gruppen zu 4 und 6 ausgeführt werden sollen. Zu jeder Wohnung kommt ein Stall und ein Stück Garten. Entsprechend den an anderer Stelle gemachten Erfahrungen soll der eigentliche Hausgarten nur klein (etwa 300-400 Quadratmeter) sein, aber es soll für weiteres Land in unmittelbarer Nähe gesorgt werden, das eventuell gemeinschaftlich (mit Pflanz) bearbeitet oder sonstwie nachteilig verteilt werden soll an solche Leute, die Kraft und Lust dazu haben, außer dem Garten noch ein Stück Land intensiv zu bearbeiten. Ob die Häuser in den Einzel- oder genossenschaftlichen Besitz übergehen, darüber hat die Treuhandstelle noch keine Beschlüsse gefaßt. Zuerst heißt die Lösung: Bauen! In dem halben Jahre, das besten Falles bis zur Fertigstellung der Häuser dahingehet, muß das weitere über die Verteilung und Verwendung der Wohnungen überlegt werden. Die Treuhandstelle Obereschlesien ist als Jüngste in der Lage, sich die Erfahrungen der neuen übrigen Treuhandstellen zunutze zu machen und da wird es ihr wohl gelingen, etwas Gutes zu schaffen.

Durch Sachsen-Thüringen.

Man spricht gern von Gewerkschaftsbureaucratie und stellt sich darunter gewöhnlich ein mehr oder weniger treffendes Abbild der obrigkeitlichen Bureaucratie vor, mit dem der viel zitierte grüne Tisch und eine häufige Alorgperiode nicht Bergen von Alten ungetrennt verbunden ist. Der Bureaucrat regiert vom Schreibtisch aus, das pulsende Leben berührt er in Altkontingen einzufangen, und was sich von diesem hüpfenden, neckischen Leben nicht einfangen läßt, bleibt am liebsten unbekannt. Der moderne Gewerkschafter, also der „Bouge“, wie er geschmackvoll genannt wird, ist in diesem Sinn kein Bureaucrat. Jeder leitende Gewerkschaftsbeamte läßt seine Tätigkeit eigentlich mehr im rastlosen Umhergehen aus, als in der beschaulichen Ruhe eines Schreibtischsitzes. Das dieses Nomadenleben kaum Raum für ein zufriedenes Familienleben, für eine notwendige Pflege der Gesundheit läßt, beweisen die erschreckend oft häufenden Trauerfälle in unserem Verbande. Dank und Anerkennung ist nur wenig geworden, geschäftliche und kleinliche persönliche Angriffe führen neben dem gesundheitlichen Raubbau zum vorzeitigen Verfall der Kräfte und mehr wie einmal fanden wir hinunter an einer Wache und wußten nur schwer die gerissene Wunde wieder zu schließen. Die Kameraden draußen werden verstehen können, daß in der gegenwärtigen Lage der Tagesfragen die Gelegenheit zum persönlichen Aufsuchen der einzelnen Glieder unseres Verbandes für die leitenden Funktionäre begrenzt ist — und sie haben schon jetzt Verständnis dafür, wie ich bei meiner jüngsten Reise durch Sachsen-Thüringen feststellen konnte. Überall die gleiche herzliche Aufnahme und die dankbare Würdigung der Reiseschwierigkeiten!

Zeitz-Weißenfels — zwischen beiden Orten liegen zahlreiche Braunkohlegruben, Tagebau und Tiefbau (von etwa 30 bis 40 Meter Tiefe), teils zum Bergrevier Naumburg, teils zum Bergrevier Zeitz gehörig. Mit den Gruben sind ausgedehnte Nebenanlagen verbunden: Brückfabriken, Naphthalinfabriken, Schwefelwerke, Mineralöl-, Paraffin-, Montanwachsfabriken und Ziegelmöhlen. Die Besitzverhältnisse sind uneinheitlich, als wichtigste Eigentümer sind zu nennen: die A. Niederrhein Montanwerke A.G. (Stinnes ist hier Aufsichtsratsvorsitzender), die Weischen-Weißenfels Braunkohlen-A.G. und das Braunkohlenwerk Leonhard A.G., daneben sind noch eine Anzahl selbständiger Werke zu finden. Der Zeitzer Verbandsbezirk zählt etwa 18.000 Mitglieder, Unorganisierte sind hier nur wenig vorhanden.

Neben einem umfassenden wirtschaftlichen Referat auf der Jahresdelegiertenkonferenz in Zeitz Anfang April, die trotz einer wenig überzeugenden, aber temperamentvollen Diskussionsrede eines KPD-Kameraden (eine schlechte Wortverbindung!) doch einen geschlossenen Eindruck hinterließ, hatte ich Gelegenheit, in mehreren hochgestellten Ausführungen über die wirtschaftliche Bedeutung des Ruhrkonzerns zu machen. Man muß sich manchmal über die geistige Unfähigkeit der Kameraden wundern. Mit dem Ruck beladen, von der Schicht kommend oder zur Arbeit gehend, brachten sie auch für ein Thema, welches in den einzelnen Punkten doch außerhalb ihres täglichen Lebenskreises liegt, ein sichtbares Interesse auf. Wenn auch all die Schwierigkeiten, die sich heute dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands entgegenstellen, in ihrer Tragweite noch nicht abgeschätzt werden, so ahnen doch die Kameraden jedenfalls, daß mit dem bloßen Willen, und möge er noch so laut betont werden, das Trümmerfeld des verlorenen Krieges nicht bereinigt werden kann und sie begreifen, daß die Gewerkschaftsarbeit ein hartes, jahres langes und mit Mühen ist, welche härter sind als der Mühe und die nur in einem einzigen, bewussten Zusammenstreben aller Bergarbeiter mit Aussicht auf Erfolg bekämpft werden können. Recht oft hat der nächste Redner, wenn er vor der dunklen Masse steht, ein bemerkenswertes Gefühl: „Ist es richtig, daß du denkst da vor die Hoffnungen nimmst, die ihr hartes Sein in etwa wenigstens aufhellen?“ Und doch muß es sein, es hat keinen Wert, die Arbeiterbewegung mit Illusionen voranzutreiben zu wollen. Illusionen, die man nicht über duldet, bedingen Enttäuschungen und Enttäuschungen sind der Bewegung schädlich!

Mit Ergreiflichkeit zeigte mir mein Begleiter auf dem Wege nach Zeitz unweit Zeitz die Stelle, wo durch Wassereintrich auf dem Felsaushang zur Zeit der Viehener Generaterversammlung 17 Kameraden den Tod fanden. Ein schlichtes Sandsteindenkmal findet dem Wanderer die Stelle des Grauens und sollte ihm auch Anlaß sein, einige Augenblicke seine schmerzlichen Gedanken der sozialen Not der Kohlengräber zuzuwenden.

Die Preise, ich rede nur ungerne davon, während das ein gar zu abgedroschenes Thema ist, die Preise sind hier niedriger als im Ruhrgebiet, stellenweise sogar auffallend niedriger. Die Erklärung liegt ja auf der Hand. Hier ist ein stark landwirtschaftlich durchsetztes Gebiet, die Ruhr ist Industriegebiet, außerdem tragen dort französische und gewollte Käufer das ihrige dazu bei. Allerdings ist auch der Lohn der Kameraden niedriger, so daß sie ebenfalls kaum mehr für ihre schmuckigen Lampen kaufen können. Man sagt hier: Das ist gewohnt wie gesprungen.

Amerika — auf der Fahrt zu den Zugauer Kameraden benutzte ich halb unfreiwillig einen Bummelzug und war von dem gleichmütigen Geschnalze fast einschlämmt, als mich eine quälende sächsische Schaffnerstimme: „Mähähähäh“ weckte. Ich sah hin-

aus, nichts war von Freiheitsstatue oder Wollenträgern zu entdecken. Eine alte Papierfabrik mit ein paar daran geklebten Säulchen, das war das sächsische Amerika. Notabene, die Umgegend war besser wie die Gegend. So eine Fahrt in das grüne Erzgebirge hinein, sächsische Heimat, wie „Ach Herrjes nee“ oder „wehstneben“ schließend, ist entschieden reizvoller, als eine Nachtreise im muffigen D-Zug. In Zugau fand ich ein recht verständnisvolles Publikum. Alle waren begierig, etwas Authentisches aus dem Ruhrgebiet zu erfahren, so ganz trauten sie nämlich selbst den Nachrichten ihrer Arbeiterzeitung nicht. Allerdings habe ich stets ablehnen müssen, im Kriegsberichterstatterstil Flug zu schnaden und, wie es leider häufig geschieht, Schauerreden zu verzapfen, die eigentlich nur dem Redner einen gewissen Glorienzettel geben, ihn als Held erscheinen lassen, genau wie die Begleitmannschaften der Munitionstransporte in der ersten Kriegszeit, obwohl sie nur bis zum bombensicheren Stappenort kamen, doch zu fabelhaften Heldentaten gestempelt wurden. Solche Typen findet man oft als Wanderredner in kleinen Orten wieder, die „Luga zum Schuge der deutschen Kultur“ läßt sich da die Volksevidenz besonders angelegen sein. Die Sachsen sind aber ohnehin hübsch.

Das Erzgebirge ist eine Heimat des Glücks. Schwache, beschäftigte Mädchen, von der Weberlei kommend, führen mit mir im Uebert. Im Bergbau dort sind erst in den letzten Jahren erträgliche Verhältnisse eingeleitet, zu dem Thema „Mißstände auf den Gruben“ lieferten früher die sächsischen Kumpels das weitestläufige Material. Von den deutschen Kohlenvorkommen spielen die sächsischen Lagerstätten eigentlich nur eine gewisse Rolle. Das erzgebirgische Steinkohlenbecken hat zwei getrennte Bergbaubezirke, die Zwickau-Oberhohndorfer Mulde (westlich) und die Zugau-Deilschener Mulde (östlich). Die gewonnene Kohle ist besonders artreich, die Flöße, etwa 10 an der Zahl, haben eine Kesselweite Mächtigkeit bis zu 9 Meter. Der Gesamtkohlenvorrat der sächsischen Vorkommen reicht nach sachverständigen Schätzungen unter Zugrundelegung der heutigen Förderung von rund 5 Millionen Tonnen jährlich noch etwa 15 Jahre. Im Bergwerksbesitz ist der sächsische Staat vornehmlich beteiligt. Die wenigen Erzgruben des Erzgebirges haben keine wesentliche Bedeutung.

Wohltuende Eindrücke nahm ich auch Zwickau mit nach Hause. Die Kritik an den Tagesaufgaben beschränkte sich auf die Unterbrechung des wichtigsten, wie ich auch feststellen durfte, daß die sächsischen Kameraden, bei all den politischen Schwierigkeiten ihres Landes, von einem ausgeprägten Organisationsgefühl, das auch die geringste Spaltungsbedeutung in Keime erstickt, durchdrungen sind. Der Untergang über läßt hier keine große Anziehungskraft aus.

Nach einem recht anstrengenden Studium des Ruhrbuches, das wegen der Zugsbeschränkungen doch nie stimmig, schlechter als mit Hilfe von Lokalführern nach Thüringen hinein. Leider hatte der ausgegebene April seine sprichwörtlichen Wunden, so daß man hinter einen Regenkleid — mal grauweilte es aus, wie man hier sagt — die Schönheiten des Thüringer Bergreviers eben nur ahnen konnte. Etwas mahnend verlor ich mich hinter einer Fehlung, deren Titel so unverdächtig war, daß zwei Mitreisende feste demokratische Parteipolitiker kopierten. Es war der „Völkische Beobachter“, den ich mangels anderer geeigneter Wohnplatzkarte im roten Sackchen käuflich erworben, außerdem war die Schilderung von Stillers 34. Geburtsstag auch sonst recht anregend. Stiller stieß überhaupt in Thüringen eine große Rolle, er ja weniger, aber sein Geist — meine Mitreisenden haben mir das ordentlich klar gemacht, schließlich ließen das auch die zahlreichen Wirtschaftskreuzer vermuten. — Im Thüringer Erzgebirge angekommen, habe ich mir erst mal von den mich abholenden Kameraden geologischen Nachhilfenunterricht erteilen lassen und ich muß sagen, die Kumpels haben mit Geschick versucht, mir den Unterschied zwischen Spat I und Eisenstein und wie das Zeug alles heißt, was sie da aus der Erde tragen, zu erklären. Die Erzgebirge sehen gegenüber den weisfällischen Anlagen wie aus der Spielfachsel aus, einfach lieblich. Das Bergmannstehen hier ist anziehender als in irgend einer anderen Gegend — das ganze Jahr Sommerfrische, d. h. als ich den Kameraden das sagte, mußten sie ordentlich auf und meinten, das sei das Neueste, sie hätten an ihrem Proletariatslos-ebenso schwer zu tragen, wie alle anderen Klassengenossen, und das mag auch stimmen. Eine übertragene Bedeutung kommt dem Werken der Maximilianshöhe in Oberwehlenborn zu; interessant sind auch die Bekämpfe mit die Grubenfelder zwischen den einzelnen Gesellschaften, die außerordentlich lebhaft an die Praktiken Berliner Terrainspekulanten erinnern.

Aus allen Wollen sollte ich fallen, als mir meine Wirtin für zwei Tassen besten Bohnenkaffees und zwei die belegte Wurststücken (prima!) 1200 Mk. abforderte, ja, es gibt noch billigere Gegenden in Deutschland, also auf nach Wapthitz, dort wohnt die Wirtin. Doch halt, wenige Kilometer weiter habe ich Sommerfrischlerpreise bezahlen müssen, die meinen Speiseplan in ein erdellisches Minus verwandelten. Das war im Thüringer Schiefergebirge. Unter sehr schwierigen Abbaubedingungen wird hier Dachziegel und Tafelziegel gewonnen, an langen Ketten hängen die Schieferhauer in einer Art Aufbruch und wälzen ihres gefährlichen Handwerks. Schiefer ist hoch im Werte, der Absatz ist schlecht, Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit sind hier an der Tagesordnung. Die Delegiertenkonferenz in Probstzella, mit der ich meine Reise beendete, fand zum Teil unter dem entmutigenden Eindruck dieser Tatsache, wie es ja auch sonst ein orger Trugschluss wäre, wenn man dachte, daß der Bergbau das Gespenst der Arbeitslosigkeit nicht zu fürchten hätte. Nicht immer wird daraus der richtige Schluss gezogen: Je größer die Not, desto fester Gewerkschaften sind erforderlich. Es kommt auch weiter darauf an, daß man diese Wahrheit nicht zum bloßen Lippenbekenntnis macht, sondern durch kräftige Werbung die Zahl der Mitkämpfer vermehren hilft. Unsere sächsisch-thüringischen Kameraden helfen dies und die Organisationsverhältnisse beweisen es. Noch ist die Zeit der Saat und der Mühe, nutzen wir sie, die Zeit des Reisens und der Ernte wird uns gewiß sein! Berger.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Devisenkäufer Stinnes.

Auf die Anlagen Savensteins, daß erste Wirtschaftskreis in den Tagen, als der Dollar von 31 000 auf 30 000 sprang, Devisen in großem Umfang gekauft und so am Sturz der Mark mitgeholfen hätten, hat Herr Stinnes erklärt, daß „weder er noch seine Firma“ in den fraglichen Tagen Devisen gekauft hätten.

Worte sind bekanntlich oft dazu da, Gedanken zu verbergen, und Dementis werden oft in die Welt gesetzt, um Tatsachen zu verschleiern. Daß Stinnes nicht persönlich Devisen gekauft hat in jenen Tagen, kann stimmen, und wenn er die Berliner Handels-Gesellschaft nicht als „seine Firma“ betrachtet, weil sie nicht ihm völlig allein gehört, so stimmt formell das Stinnesdementi, ohne aber Stinnes im mindesten von den erhobenen Vorwürfen zu entlasten.

Der „New York Herald“ hat von einem Stinnesvertreter Auskunft über diese Angelegenheit erbeten und erhalten. Er berichtete darüber:

Der Vertreter sagte: Diese falschen Nachrichten sind von Zeitungen wie der „Frankfurter“ und der „N. J. a. M.“, die die jüdischen Interessen unterstützen, und dem sozialistischen „Vorwärts“, der mit den Juden verbunden ist, fabriziert. Der Vertreter erklärte: Stinnes hat englische Pfunde legitim gekauft, um damit ausländische Rohmaterialien, die er für seine Produktion braucht, zu bezahlen. Der Grund, daß er so große Käufe machte, ist, daß er mit der Beilegung des Ruhrkonflikts bis zum 15. April rechnete. Als nun an diesem Tage die Verhältnisse sich nicht geändert hatten, mußten die Käufe, die so lange heraufgeschoben waren, gemacht werden. Viele andere Industrielle haben das gleiche getan. Da Stinnes noch mehr Devisen braucht, hat er kein Interesse am

Sinken der Mark, das die Exporteure, die weniger abhängig von fremden Rohmaterialien sind, zugeben können haben. Der Vertreter von Herrn Stinnes sagte ferner, daß vom wirtschaftlichen Standpunkt ein Kurs von 30 000 vernünftig wäre; damit ist wohl angebeutet, daß Unzufriedenheit mit dem vorigen Kurs von 21 000 bestand.

Hätte Herr Stinnes wirklich die Devisen, die er — wie immer wieder betont werden muß und wie es auch in allgemeiner Form vom Reichsbankpräsidenten bestätigt wurde — tatsächlich gekauft hat, zur Bezahlung von Einfuhrwaren gebraucht, so hätte er die Pflicht gehabt, diese sich auf dem Kreditwege von der Reichsbank zu besorgen, wolle er nicht den Kurs der Mark senken. Statt dessen hat er am freien Markt gekauft mit der „ungewöhnlichen“ Nebenwirkung, daß die Mark auf den Punkt sank, den er seit Wochen gefordert hatte!

Die Stinnesche „Deutsche Wg. Ztg.“ sucht die Wirkung der Mittelungen abzuschwächen durch die Behauptung, daß der „Stinnesvertreter“ der unmaßgebliche Inspektionsdirektor Senius gewesen sei, der mit Stinnes und seiner Firma nichts zu tun habe. Die „N. J. a. M.“ führt diesen Schwund wie folgt ab:

Herr Major a. D. Frank Senius wohnt im Hotel Esplanade Tür an Tür mit den persönlichen Apartements des Herrn Stinnes. Er hat sich in einer Reihe von Fällen, über die uns Belege vorliegen, großindustriellen Firmen gegenüber halb als Direktor, halb als Generaldirektor vorgelegt und unter Zustimmung von Begehrgeheimnissen für die „D. W. Z.“ geworben.

Der Vertreter des „New York Herald“ ist nicht von ungefähr mit Herrn Senius ins Gespräch gekommen, sondern weil er ihn wie anderen im Bureau des Herrn Stinnes in der Sudarstraße Straße bereits früher als die zuständige Persönlichkeit für Presseauskünfte bezeichnet worden war. Er hat auch nicht gelegentlich eines Privatgesprächs, sondern, wie uns berichtet wird, bei einer eigens zu diesem Zwecke herbeigeführten, nur die Frage der Stinneschen Devisenkäufe betreffenden Unterhaltung die oben erwähnten Auskünfte gegeben. Es wird dem Hatten des Herrn Stinnes angeführt dieses Tatsachenmaterials schwer fallen, bei seiner Behauptung zu bleiben, daß der „gelegentliche Anzeigungsverkäufer“ im Hotel Esplanade weder mit Herrn Stinnes, noch mit seiner Firma irgend etwas zu tun hat.

Wir können nur wiederholen: Diese Tatsachen in den Rücken der Ruhrfront erfordern schnelle und gründlichste Untersuchung!

Preiswucher.

In unerschämter Weise werden manche Preise ohne Berechtigung hochgehalten oder hochgetrieben, trotzdem die Mark sich bessert und diese Besserung monatelang festgehalten wird. Arbeitslöhne sind nicht mehr erhöht, Kohlenpreise ermäßigt, trotzdem hat die Zerkulindustrie ihre Preise erheblich hinaufgesetzt. Für die Unverschämtheit dieses Wuchers gibt die „Völkische Zeitung“ einige sprechende Beispiele:

Einer der ersten sächsischen Trikot-Fabrikanten bietet am 26. 2. eine Woll-Gewandjacke mit 6 1/2 Schweizer Franken und eine einfache Hose mit 7,40 Schweizer Franken an. Der Friedenspreis derartiger Hosen betrug höchstens 5,50 Mk. im Berliner Einzelhandel. Die geordneten Preise bedeuten also eine mehr als zehnfache Erhöhung gegenüber den Friedenspreisen.

Eine sehr bedeutende sächsische Weberei schreibt am 22. März in Beantwortung einer Anfrage betreffend den Preis von Handtüchern, daß etwa das Dreifache des Satzes des Preises vom 8. und 12. Januar als Maßstab angenommen werden konnte. Man vergleiche damit die Bewegung des Dollars. Ein anderer großer sächsischer Wollwarenfabrikant konnte bei ihm bestellten Unterzeuge angeblich absolut nicht liefern. Der betreffende Einzelhändler ging jedoch auf seine Wünsche nicht ein, und auf seine dringenden Forderungen lieferte dann auch der Fabrikant — mit 3000 Prozent „Lohnerhöhungszuschlag“.

Ein erstes jüdisches Haus, welches sich in der Hauptstadt mit Artikeln befaßt, die Auschmud in Handluderei tragen, hat im Juli 1922 Kleider zu 120 Mk., Taghemden zu 355 Mk., Beinkleider zu 620 Mk. und Hosen zu 1125 Mk. berechnet. Der Auftrag gelangte am 9. Februar 1923 zur Ablieferung, und zwar haben die Preise folgendermaßen aus: Das Kleider kostet über 27 000 Mk., die Taghemden über 35 000 Mk., die Beinkleider ebenfalls und die Hosen über 66 000 Mk. Die Fabrik hatte sich also den kleinen Zuschlag von 4000 Prozent erlaubt.

Eine Sorauer Weberei berechnete am 10. Januar drei verschiedene Sorten Kaffeegedecke mit 7167 Mk., 9785 Mk. und 10357 Mk. Als die Gedecke einen Monat später zur Ablieferung kamen, kosteten bei einem gleichzeitigen Rückgang des Dollars von 60 000 auf 19 000 Mk. die Gedecke 28 620 Mk., 38 067 Mk. und 41 245 Mk. Allerdings wird auf diese Preise in Anbetracht des Teufelrucks ganges grobmächtig ein Nachschuß — 10 Prozent zugebilligt.

Wir könnten unsere Aufzählung bis ins Endlose fortsetzen, aber die angeführten Beispiele genügen wohl, um zu zeigen, wie wenig wirksam der Kampf gegen den Wucher bleiben muß, wenn er nicht mit derselben Schärfe auch gegenüber der Industrie ausgefochten wird.

Von den Betriebsräten.

Die Anrufung einer unzulässigen Instanz durch den Betriebsrat ist entschuldigendspflichtig.

Das Oberbergamt Halle hat durch Entscheidung vom 17. April 1923 eine wichtige Streitfrage geklärt. Der Entscheidung lag folgender Sachverhalt zugrunde:

Der Betriebsratsvorsitzende des Braunkohlenwerkes Flämerthal hatte zur Regelung eines Streitfalles wegen Wohnwohnungen den Schlichtungsausschuß in Naumburg angerufen. Der Schlichtungsausschuß hatte Termin angelegt und den Betriebsratsvorsitzenden unter formeller Strafandrohung zu diesem Termin geladen. In der Verhandlung stellte sich heraus, daß nicht der Schlichtungsausschuß, sondern der Bergrevierbeamte zur Streitreglung zuständig sei, worauf der Termin aufgehoben wurde. Durch die Reife des Betriebsratsvorsitzenden waren demselben 6718 Mk. Kosten entstanden. Dieser Betrag wurde auf Grund des § 36 des Betriebsrätegesetzes von der Weisbüttel angefordert. Diese verweigerte jedoch die Zahlung, weil die Reife keine notwendige Zeitveranlassung, sondern durch Verschulden des Betriebsratsvorsitzenden entstanden sei. Der zur Entscheidung angerufene zuständige Bergrevierbeamte trat in einer Entscheidung vom 8. Februar der Ansicht der Weisbüttel bei. Er lehnte die Forderung des Betriebsrats mit der Begründung ab, daß der Betriebsrat eine Schlichtungsstelle angerufen habe, die nach den gesetzlichen Vorschriften nicht befugt sei, in Fragen von Wohnwohnungen tätig zu sein. Der Betriebsrat habe durch das unrichtige Anrufen der Schlichtungsstelle einen Fehler begangen, den er hätte vermeiden müssen. Er habe demzufolge auch die Kosten dieses Fehlers billigerweise zu tragen. Man könne nicht verlangen, daß die Weisbüttel der Grube Flämerthal die Kosten tragen solle, die durch eine nicht notwendige Anrufung des Schlichtungsausschusses entstanden sind.

Gegen diese Entscheidung hat die Bezirksleitung unseres Verbandes in Halle bei dem Oberbergamt Einspruch erhoben mit dem Erfolg, daß die am 17. April 1923 getroffene Entscheidung lautet:

Die Entscheidung des Bergrevierbeamten wird aufgehoben, die Grube Flämerthal wird für verpflichtet erklärt, dem Vorsitzenden des Betriebsrats 6718 Mk. zu zahlen.

In der Begründung sagt das Oberbergamt, es komme lediglich darauf an, ob die Reife des Betriebsratsvorsitzenden zum Schlichtungsausschuß notwendig gewesen sei. Das müsse bejaht werden, denn durch die förmliche Ladung vor dem Schlichtungsausschuß sei regelmäßig „notwendig veranlaßt“ Arbeitssitz anzunehmen. Es sagt weiter wörtlich:

Allerdings hat im vorliegenden Falle der Betriebsrat eine unzulässige Behörde angerufen; da diese Behörde die Streitfrage jedoch nicht an eine andere Behörde abgegeben, sondern selbst

einen Verhandlungstermin anberaumt und den Vorständen des Betriebsrates unter Strafandrohung geladen hatte, mühe dieser annehmen, daß sein Erscheinen im Termin notwendig sei."

Diese Entscheidung ist nicht ohne Bedeutung und wir bitten die Betriebsräte, sie vorkommendenfalls zu verwenden.

Soziales Recht - Arbeiterversicherung.

Hege gegen soziale Gesetze.

Die Gehaltsgrenze für die Versicherungspflicht in der Angestelltenversicherung ist auf 600.000 Mk. monatlich erhöht worden. Das ist eine Anzahl bürgerlicher Blätter Veranlassung zu häßlichen Bemerkungen, die aus einer Quelle, anscheinend der sozialreaktionären Volkswirtschaftlichen Korrespondenz, stammen. Da heißt es: "Daß Arbeitsbeamte mit Einkommen bis zu 7,2 Millionen Mark noch versicherungspflichtig sind, kennzeichnet unser Bevormundungssystem in drastischer Weise. Als soziale Einrichtung kann die Reichsversicherungsanstalt für Privatangestellte kaum noch angeprochen werden; das beste Geschäft machen mit ihr die staatlichen Angestellten, für welche die Privatangestellten schwere Opfer bringen müssen. Bekände kein Versicherungszwang, würden sich vermutlich nicht 5 v. S. der Privatangestellten bereit finden lassen, sehr beträchtliche Teile ihres Einkommens einem Zwang zu opfern, dessen Segen in höchst zweifelhaftem Lichte erscheint."

Wir halten die Grenze von 600.000 Mk. noch für zu niedrig, auf keinen Fall aber wäre es ein „Segen“ für die Angestellten, wenn sie jetzt, nachdem sie kaum durch zehn Jahre Beitrag Anspruch auf Rente erworben haben, der Versicherung verlustig gingen. Man muß im Gegenteil eine raschere Anpassung der Versicherungsgrenze an die Geldentwertung verlangen und man sollte auch nicht aus Rücksicht auf die Arbeitgeber vor notwendigen Beitragserhöhungen zurückschrecken.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Die Kohlenwirtschaft Frankreichs im Jahre 1922.

Im Jahre 1913 betrug die französische Kohlenförderung 40,8 Millionen Tonnen, 1921 betrug sie 28,978 Mill. To. und 1922 31,915 Mill. To. Die Mehrförderung in 1922 betrug gegen 1921 2.937.114 To., die Förderung blieb noch um 8.928.609 To. gegen 1913 zurück.

Die unbeschädigten Gruben in Nordfrankreich hatten 1922 eine um 709.000 To. oder 8,58 Proz. geringere Förderung als im Jahre vorher. Ueber die Ursachen dieses Rückganges ist in den Veröffentlichungen nichts ersichtlich. Es ist aber sehr wohl möglich, daß die reichliche Anfordderung deutscher Reparationskohle hier ebenso lähmend auf die eigene Produktion gewirkt hat, wie wir das kürzlich an der französischen Koksproduktion gesehen haben. Die wieder aufgerichteten Gruben hatten 1922 eine Mehrförderung von 2,46 Mill. To. oder ein Mehr von 45,83 Proz. gegen das Vorjahr zu verzeichnen. Der Norden und Pas de Calais hatten 1913 eine Förderung von 27.839.307 Tonnen, 1921 von 13.629.238 To. und 1922 von 15.379.553 To.

Elzäs-Lothringen trug zur französischen Förderung bei 1921 3.621.928 To. und 1922 4.232.400 To.

Die Koksproduktion Frankreichs hat unter dem Krieg gewaltig gelitten, nach dem Krieg ist sie, wie wir kürzlich zeigten, herunter, daß der billige deutsche Koks die französischen Koksleheren veranlaßte, den Betrieb und Ausbau ihrer Koksöfen unverantwortlich zu vernachlässigen. Koksöfen waren in Betrieb 1913 4210 und 1918 1822. Die Zahlen für 1919 bis 1920 liegen leider nicht vor. Mit Ausnahme dieser Jahre gestaltete sich die Koksproduktion wie folgt: 1913: 4.027.424 To., 1914: 2.275.074 To., 1915: 833.806 To., 1916: 1.411.701 To., 1917: 1.531.036 To., 1918: 1.873.969 To., 1921: 744.756 To., 1922: 1.026.467 To.

Die Preßkohlenherstellung betrug 1913: 3.673.000 To., 1921: 2.484.400 To., 1922: 2.828.803 To.

Die Ein- und Ausfuhr von Kohlen, Koks und Bräunkohle gestaltete sich folgendermaßen (in Tonnen):

		Einfuhr		Ausfuhr	
		1913	1922	1913	1922
Kohlen	1913	18.710.935	1.113.700	17.597.235	
	1921	18.304.026	1.454.823	16.943.198	
	1922	22.334.126	2.147.435	20.186.691	
Koks	1913	3.070.038	205.443	2.864.595	
	1921	3.491.665	421.484	3.070.184	
	1922	5.140.183	463.128	4.677.055	
Preßkohlen	1913	1.035.994	123.729	912.265	
	1921	1.253.735	90.186	1.163.549	
	1922	1.422.374	114.054	1.308.320	

Es hat keinen Zweck, die Kohlenlage Frankreichs gütigst anzunehmen als sie ist. Wahrheit und Klarheit ist zur Lösung des schwierigen Reparationsproblems nötig. Einwandfreie Zahlen aus jedem beteiligten Lande brauchen wir zur Prüfung und Lösung der Frage. Wenn die Lage der deutschen Wirtschaft so gewirkt wird, wie wir die Lage in anderen Ländern zu würdigen gewillt sind, ist die Lösung nicht allzu schwer.

Die Einfuhr englischer Kohle in Deutschland

gestaltete sich seit Anfang 1922 wie folgt:

		Ränge in T.		Wert in Millionen Mk.	
		1922	1921	1922	1921
1922	Januar	247.313	241.691	196	
	Februar	358.889	350.274	318	
	März	457.718	455.255	366	
	April	256.618	252.254	224	
	Mai	601.473	595.579	769	
	Juni	859.664	875.888	1.234	
	Juli	1.133.402	1.135.009	2.471	
	August	1.165.225	1.191.435	6.088	
	September	1.060.801	1.065.979	7.117	
	Oktober	918.598	966.077	13.639	
	November	735.153	789.246	25.308	
	Dezember	509.769	543.813	18.909	
Zusammen	8.345.606	8.492.500	76.839		
1923	Januar	521.854	44.306		
	Februar	1.000.097	143.453		

Man sieht, wie unter dem Einfluß der schlechten Kohlenlage Deutschlands die Einfuhr seit Mitte 1922 gewaltig stieg und wie unter dem Einfluß der fortschreitenden deutschen Geldentwertung noch rascher die Nachfrage stieg. Die Einfuhr für die Einfuhr englischer Kohlen auf dem Weltmarkt. Noch schlimmer wurde diese Wirkung nach dem Einbruch in das Ruhrgebiet. Für fast 200 Millionen Einfuhr in Januar und Februar! Wenn Verdrängung nicht Zeitworte der internationalen Wirtschaft bleiben soll, bedarf die deutsche Kohlenlieferungsfrage einer Regelung, die den Alliierten nur Wiedergutmachungs- und keine Verdienstmöglichkeiten sichert und damit Deutschland vor wirtschaftlicher Erdrosselung bewahrt. Zahlenspieleereien sollte man auch hier unterlassen. So hat der „Eld auf“, dem wir die obige Tabelle entnehmen, in der letzten Spalte in der Spalte für 1922 nicht 76.839, sondern 831.243 Millionen Mark eingeführt. Aus einer Annahme ergibt man, daß diese Summe errechnet ist nach dem Stand der Mark vom 10. April 1923. Die Einzelspalten in der letzten Tabelle, die zusammen 76.839 Millionen ergeben, sind eingeführt nach dem Durchschnittskurs der Mark in dem betreffenden Monat. Da sollte man natürlich auch die entsprechende Endsumme einsehen und höchstens extra sagen: nach dem Stand vom 10. April würde diese Summe einen Betrag von 831 Milliarden darstellen.

Im März gingen 1.836.399 Tonnen englischer Kohle nach Deutschland im Wert von 2.393.835 Pfund Sterling. Die letztere Summe entspricht bei einem Kurs von 100.000 für einen Pfund Sterling einer Ausgabe von 239,383 Millionen Mark!

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Der Deutsche freigewerkschaftliche Dreibund.

Ebenso wie vor nicht ganz zwei Jahren der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB.) und der Allgemeine freie Angestelltenbund (AFB-Bund) einen Vertrag abgeschlossen haben, der das Zusammenwirken dieser beiden Spitzenorganisationen regelt, ist jetzt am 27. März ein Organisationsvertrag dieser beiden Spitzenverbände mit dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund abgeschlossen worden. Der Vertrag verpflichtet die genannten drei Spitzenverbände unter Anerkennung des Grundgesetzes der parteipolitischen und religiösen Neutralität für sich und ihre angeschlossenen Verbände, in allen gewerkschaftlichen, sozial- und wirtschaftspolitischen Angelegenheiten, welche die Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten gemeinsam berühren, zusammenzuwirken. In Fragen, bei denen es sich nur um Angelegenheiten einer Gruppe handelt, behält jede Spitzenorganisation ihre Selbständigkeit; in solchen jedoch, die in die Wirkungsbereiche der anderen Gruppen eingreifen, ist eine Verständigung mit diesen erforderlich.

In dem Vertrage ist von besonderer Bedeutung die Betonung des Grundgesetzes, daß in der Wirtschaftspolitik die gemeinwirtschaftlichen Interessen stets den privaten Einzelinteressen voranzustellen sind. Ferner verpflichten sich die Organisationen, jeder Vertretung der republikanischen Verfassung im Reich und in den Ländern mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten.

Die in diesem Vertrage für die zentrale Zusammenarbeit getroffenen Bestimmungen werden auf die örtliche und bezirkliche Zusammenarbeit sinngemäß angewandt. Die gleichen Industrie- und Fachgruppen der vertragschließenden Organisationen sollen gemeinsame Gruppenauskünfte bilden.

Durch diesen Vertrag stellen die auf freigewerkschaftlichem Boden stehenden Beamten sich mit den ADGB. und dem AFB-Bunde anschließenden Kopf- und Gondarbeitern auf einen Boden und, wenn es sein muß, in eine gemeinsame Kampffront. Aus diesem Grunde ist der Vertrag zu begrüßen.

Aus dem Kreise der Kameraden.

In den unbekanntem Soldaten.

Wir lesen im „Vorwärts“: Ueber den Vorfall der Kruppischen Autohalle in Essen, durch das die französischen Geschosse am Samstag saßen, um sich im gleichen Augenblick in die Leiber deutscher Arbeiter zu bohren, ist eine Augenprobe zu sehen — eine einzige. Aber diese einfache Rüge im Stein sollte als ein ewiges Denkmal reiner Menschenliebe gebildet werden.

Augenzeugen des grauenhaften Vorganges haben nämlich gesehen, wie einer der zwölf azurblauen Soldaten, als der Offizier den Befehl zum Schießen in die Menge gab, sein Gewehr nach oben, weit über die Köpfe der versammelten Menge, gegen die Wand oberhalb des Portals richtete. Und während die es anderen in beriesenen Sekunden Lob, Trauer und Schmerz säten, schob er bewußt, anstatt in das lebende Menschenfleisch, in den leblosen Stein.

Dem Schießbefehl des Offiziers war er, wie die anderen untergeben, gefolgt. Aber er verlor es, zugleich dem Befehl seines Gewissens zu folgen, der ihm rief: „Du sollst nicht töten! Du sollst bedenken, daß die schwarze Menschenmauer vor dir aus lauter Weisen besteht, die gleich dir Mütter, Frauen, Brüder haben. Ein anderes Land hat sie geboren als dich, sie reden eine andere Sprache als du — aber es sind keine Klassenverhältnisse, keine Brüder, die das gleiche Recht zum Leben haben, wie du selber.“

Wer bist du, unbekannter Soldat? Bist du vielleicht ein Sozialist, der den Jrrtum des Brudermordes aus den leidenschaftlichen Meinungen und Anlässen eines Jaurès, eines Anatole France, eines Verhauffe entnommen? Oder bist du nur ein Mensch schlechthin, dem die Natur allein die nur allzu jenseitige instinktive Erkenntnis geschenkt hat, daß alle Menschen Brüder sind, gleichviel hinter welchen Gewandstücken sie leben, gleichviel welche Sprache sie reden?

Einem unbekanntem toten Kameraden von dir hat man in Paris ein Denkmal errichtet. Er war gefallen, damit nie wieder Krieg auf Erden sei, aber gerade diejenigen haben seine Knochen und seinen Gehirnschädel mit Beschlag belegt, die die Kräfte verherlichen. Dank sei dir dafür, du unbekannter französischer Soldat in Essen, dir braucht kein Denkmal errichtet zu werden; du hast es dir selbst geschaffen durch die Rüge deiner Kugel oberhalb des Kruppischen Portals — und in unseren Herzen! Sch.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Ungelegelter Verleumder.

Am 9. Dezember 1922 erklärte der jetzige Fabrikarbeiter Adolf Szycze n. n. wohnhaft Göttrich, Düsselkampstraße 37, in der Wirtschaft Hagenbein, daß sich während der Revolutionsperiode die Gewerkschaftsführer an die Spitze der Bewegung gestellt hätten, um sich zu bereichern. Die Arbeiter hätten sie dadurch verkauft. Als S. vom Kameraden Bohne zur Rede gestellt wurde, äußerte er, er meine nicht ihn, sondern andere, u. a. auch den Generalsekretär der Gewerkschaften in Düsseldorf, Rantekeller verlagte Szycze n. n. Am 16. April 1923 war Verhandlungstermin vor dem Schöffengericht in Göttrich. Der Angeklagte S. trat hier nicht den Wahrheitsbeweis an, ja er verweigerte nicht einmal, diesen zu erbringen. Er erklärte vielmehr, eine diesbezügliche Äußerung nicht getan zu haben, was er aber gesagt hätte, wüßte er nicht, weil er betrunken gewesen sei. Andererseits nehme er an, daß Bohne ihn mundtot machen wolle, weil er einer anderen Partei, d. h. den Syndikalisten, angehöre. Da aber von einwandfreien Zeugen nachgewiesen wurde, daß S. doch diese Nebenbuhlung geäußert hätte und von einer Betrunkenheit nichts zu merken gewesen war, wurde S. wegen Verleumdung zu einer Geldstrafe von 5000 Mk., ersatzweise für je 150 Mk. zu 1 Tag Gefängnis und Zerggen der Kosten verurteilt. Das Urteil ist rechtskräftig geworden.

Aus Vorstehendem geht hervor, daß den Syndikalisten jedes Mittel recht ist, die Führer der freien Gewerkschaften zu verleumben. Sie handeln nach dem Rezept: Verleumde nur drauf los, etwas bleibt doch hängen.“ Wenn sie aber ihren Mann stehen sollen, sind sie selbstverständlich herunter zu kommen, sie wissen dann nicht mehr, was sie gesagt haben.

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Erfolge der freien Gewerkschaften.

Durch Notgesetz wurden bekanntlich die diesjährigen Betriebsratswahlen im besetzten Gebiet aufgehoben. In Einzelfällen, wenn z. B. der Betriebsrat aus irgendwelchen Gründen zurücktritt, muß eine Ersatz- bzw. eine Neuwahl vorgenommen werden. So hat Grube Greifschau gewählt. Das Ergebnis ist folgendes: freie Gewerkschaften sieben Mandate, davon sechs unter Verband. Der Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter erhielt ein Mandat (1). — Auf Grube Schallmauer ist ebenfalls neu gewählt worden. Als Ergebnis ist zu verzeichnen: Von acht zu wählenden Vertretern in den Betriebsrat erhielt unser Verband sechs Mandate, während der Gewerkschaften sich mit zwei Mandaten begnügen mußte. — Gleichfalls neu gewählt wurde auf der Grube Liblar. Auch hier ist ein äußerst günstiges Ergebnis zu verzeichnen. Von ebenfalls acht zu wählenden Betriebsräten teilten der Arbeiterpartei vier Mandate, die freien Gewerkschaften fünf Sitze, davon vier unter Verband, während hier der christliche Gewerkschaft drei Sitze für sich verbuchen konnte.

Als Gesamtresultat betrachtet, ist es ein geradezu glänzendes Resultat für die freie Gewerkschaftsbewegung. Das Ergebnis zeigt klar, daß die freien Gewerkschaften hier im Braunkohlenrevier das Vertrauen der Arbeiterschaft besitzen und daß der Gewerkschaften nicht über den Rahmen der Bedeutungslosigkeit hinauskommt, obwohl in letzter Zeit vielfach Weichheit und Anseln gegen die freien Gewerkschaften mißbraucht wurden. Nur so weiter! Daß wir gegen eine derartige Agitation lebhaft nicht einzutreten brauchen, zeigt in aller Klarheit das Ergebnis der getätigten Wahl.

Rheinische Kohlenbarone gegen Gewerkschaften und Betriebsräte.

Am Samstag, den 24. März, fand in dem Fabrikbetriebe des Eschweiler Bergwerksvereins (Eschweiler) eine Betriebsratsversammlung statt. Zu dieser Versammlung wurden die Vertreter der Organisationen auf Wunsch der Mitglieder hinzugezogen. Der Vorsitzende des Betriebsrats erstattete Bericht über eine Anordnung der Werksleitung für die Osterferien. Er führte aus, daß die Werksleitung ihn hatte rufen und sagen lassen, daß am Freitag und Samstag vor Ostern und am Dienstag nach Ostern der Betrieb stillgelegt würde. Er sollte dahin wirken, daß viele Arbeiter an diesen Tagen ihren Urlaub nehmen. Dieses Vorgehen der Werksleitung wurde von den antwortenden Organisationsvertretern scharf kritisiert, besonders deshalb, weil man einfach derartige Anordnungen erläßt, ohne sich vorher mit der gesetzlichen Arbeitervertretung zu verständigen. Die Organisationsvertreter empfahlen dem Betriebsrat, eine Betriebsratskonferenz anzuberaumen und erneut zu dieser Frage Stellung zu nehmen.

Diese Sitzung verhinderte die Werksleitung und trat den Rückzug an, indem sie durch Ausschickung bekannt gab, daß am Freitag, Samstag und Dienstag gearbeitet würde. Aus diesem Verhalten und dem nachfolgenden Brief kann man erkennen, wie die einzelnen Werksleitungen die Betriebsräte ausschalten möchten und daß die Organisationen ihnen ein Dorn im Auge sind. Nachfolgendes Schreiben des Eschweiler Bergwerksvereins, Abteilung Gernulheim bei Köln, ging unterer Bezirksleitung in Osnabrück zu:

„Es ist uns mitgeteilt worden, daß am Samstag, den 24. d. M., ein Verbandsvertreter in einer innerhalb unserer Werksanlage stattgefundenen Betriebsratsversammlung aufgetreten ist, ohne uns von seiner Anwesenheit in Kenntnis gesetzt zu haben. U. a. sind von genanntem Vertreter bei völliger Unkenntnis der Sachlage Maßnahmen der Werksleitung kritisiert worden, wodurch dem Unternehmen ein nicht unerheblicher Schaden entstehen wird. Wir fordern uns daher sowohl zur Wahrung unserer Interessen wie in Ausführung der bergpolizeilichen Bestimmungen veranlaßt, Ihrem Vertreter jedes Betreten unserer Werksanlage strengstens zu untersagen.“

Nun hört doch mal, ihr Klugen Herren: Mit diesem Schreiben habt ihr wieder etwas Neues, noch etwas Geistesreiches verbrochen. Du lieber Gott, solche Mittel hat man auch schon früher, zur Zeit Wilhelm des Zweifelhafte, gebraucht. So was kann jeder „nicht unklumme“ Mensch machen. Intelligenz schlägt vor: bereiterein Wege der Vernunft ein. Aber: Herren im Hause! — nicht wahr? Dazu braucht man keine Größe im Kopfe.

... dann wärst du Philosoph geblieben!

Unsere kurzen Notizen in den Nummern 11 und 13 der „Bergarbeiter-Ztg.“ über das Benehmen der Christen im Eschweiler Bergbau hat der „Bergknappe“ in Nr. 14 und 15 mit zwei halben langen Erwidrerungen bedacht. Dabei behauptet der „Bergknappe“, daß die Geschichte mit der Untertagezulage dem Verband nicht so viel eingebracht hätte, um die Druckschwärze zu bezahlen. Diese Rechnung wird nicht stimmen, denn der „Bergknappe“ verbrauchte für die vermeintliche Widerlegung zehnmal mehr Druckschwärze als wir. Das will schon was heißen.

Die Sabotage der Untertagezulage durch die Gewerkschaftler wird eigentlich gar nicht bestritten. Gesagt wird lediglich: „die Lohnkommission, die von der Revisionkonferenz beschlossene Forderung vertritt“. Um diese Lohnpolitik zu verteidigen, wird in Nr. 15 des „Bergknappen“ ein langes philosophisches Wortspiel vorgekramelt, das wir der Druckschwärze wegen zusammenfassen und also zitieren: Hauptsache alle Arbeiter hohen Lohn. Untertagearbeiter sind gegen solche Zulage. Untertagearbeiter sind gefährlich. Welchen Vorteil hat Untertagezulage? Der Arbeiter bekommt mehr Geld, aber verdient nicht mehr!

Im, auch eine — Meinung. Es stimmt jedoch nicht, daß die Untertagearbeiter gegen eine besondere Zulage sind und selbst der christliche Steinarbeiterverband tritt im Rahmen des Gebiet in dieser Frage gegen den Gewerkschaft auf. Und — mehr Geld, aber weniger Verdienst? Na ja, Philosoph! W. Busch sagt: „Philosophen sowie Hausbesitzer haben stets Reparaturen.“ Auch soll die Untertagezulage durch eine Lampenzulage abgegolten sein. O weh, die Lampenzulage beträgt 1 Vierundzwanzigstel des Anschaffungspreises.

Ein erster Streit mit dem „Bergknappen“-Schreiber verlohnt sich die Druckschwärze nicht. Erste Aussprache hat erste Anregungen zur Bedingung. Diese finden wir im „Bergknappen“ nicht. Es genügt die Feststellung, daß die „handvoll Mitglieder“ des Verbandes sich die Christen annehmend eine Seite im „Bergknappen“ kosten lassen. Wir haben aber auch nicht behauptet, daß der Gewerkschaftler auf Reichthum, Panzel und Hüllenqualen einen Einfluß hat. Aber diese Dinge haben einen Einfluß auf den Gewerkschaftler. Gewissenlos Geißliche mißbrauchen diese Sagen, um dem Verband Mitglieder abzuführen und dem Gewerkschaft ein zuzuführen!

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 19. Woche (vom 6. bis 12. Mai 1923) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Zahlung der Beiträge.

An die Verbandsmitglieder!

Seit 12 Wochen stehen im Saarrevier 72.000 Bergarbeiter im Streik, um eine Erhöhung ihres Lohnes zu erzielen. Der Streik wird mit bewundernswürdiger Disziplin und Geschlossenheit geführt. Die französische Grubenverwaltung versucht den Kampf mit allen Mitteln niederzuwerfen. Das französische Militär greift zu ungunsten der Streikenden ein. Soll der Streik ohne einen positiven Erfolg beendet werden? Das darf unter keinen Umständen geschehen. Die französische Grubenverwaltung muß sehen, daß hinter den Saarrevier die einmütige Wille unserer gesamten Mitgliedschaft steht. Schon ist ausläufige Hilfe eingetroffen. Notwendig ist aber auch, daß sich die Opferwilligkeit unserer Gesamtmitgliedschaft zeigt. Um dies zu bewerkstelligen, hat die Reichskonferenz des Gesamtverbandes und der Bezirksleiter einstimmig beschlossen, daß jedes Mitglied, welches seinen vollen Lohn verdient, zwei Wochenbeiträge als Extrabeitrag für die Saarrevierkameraden zu leisten hat. Mitglieder, die nicht voll entlohnt werden, haben einen Wochenbeitrag als Extrabeitrag zu zahlen. Arbeitslose, Kranke und solche Kameraden, die Invalidenbeiträge zahlen, sind von der Entrichtung des Extrabeitrages befreit. Die Extrabeiträge werden gegen Wochenmarken, drei rote Striche tragen, eincolliert.

Alle Mitglieder sind unter Beachtung des § 10 Abs. 4 des Statuts verpflichtet, diesen Extrabeitrag zu zahlen. Wir hoffen, daß der Appell an die Solidarität und Opferwilligkeit überall befolgt wird.

Zusammenfassungen.

Dortmund III. Vom 15. bis 30. Mai.

Zu beziehen durch H. Hansmann & Co., Bochum:

Jahrbuch 1921. Gründzahl 2 Mk.	Meine Seele singt. Geselbte von Viktor Kalinowski. Gründzahl 40 Pf.
-----------------------------------	---

Veränderliche Schlüsselzahl im Buchhandel zur Zeit 2500.
Für Mitglieder 1000. Der Verkaufspreis ist Grundzahl mal Schlüsselzahl.